

## Drei Wochen nach der Flucht von Ben Ali

# Tunesien auf dem Weg der vorläufigen Stabilisierung / Übergangsregierung kann sich auf breiten Konsens stützen

Drei Wochen nach der Flucht von Präsident Ben Ali befindet sich Tunesien auf dem Weg der Stabilisierung. Zwar wurde noch am vergangenen Montag das Innenministerium, im Herzen der Hauptstadt Tunis, von einer Gruppe Ben Ali-treuer, bewaffneter, vormaliger Polizisten gestürmt. Der neue Innenminister, Farhat Rajhi, ein angesehener Jurist, konnte sich gerade noch rechtzeitig retten.

Tags darauf hatte Rajhi die Situation aber wieder im Griff: er ließ kurzerhand seinen Vorgänger im Innenministerium, der bei dem Angriff die Fäden gezogen hatte, und mehrere seiner Komplizen unter den verbliebenen Ministerialbeamten festnehmen.

**LETZTES AUFBÄUMEN** Der Vorfall ist symptomatisch für das letzte Aufbäumen jener Teile des Polizeiapparats, der den Sturz des alten Regimes nicht hinnehmen wollte und einige Tage lang mit Schießereien und Plünderungen versucht hatte, ein Chaos heraufzubeschwören. In der Hauptstadt ist aber inzwischen von diesen „Milizen“, wie sie von der Bevölkerung genannt werden, nichts mehr zu spüren.

Und auch in den ärmsten Provinzen, im südlichen Landesinneren, dort wo der Aufstand gegen Ben Ali seinen Ursprung genommen hatte, scheint vorerst Ruhe eingekehrt zu sein. Nachdem in Provinzstadt Kasserine, knapp vor der Flucht Ben Alis, Scharfschützen der Polizei noch ein Massaker angerichtet hatten, revanchierte sich ein Großteil der Bevölkerung durch den Sturm auf Kommissariate, Parteilokale der RCD (die Partei von Ben Ali) und Villen der berühmtesten Günstlinge des Regimes. In der Folge hetzten wiederum Reste der RCD-Funktionäre und Ben Ali-treuen Polizisten einen Teil der beschäftigungslosen Jugendlichen und entlaufene Sträflinge (nach dem Umsturz waren tausende Gefängnisinsassen, darunter eine Mehrzahl von Kriminellen, frei gekommen) zu Gewaltaktionen auf, wobei namentlich Gewerkschafter, Anwälte, Studenten attackiert wurden. Aber auch diese Umtriebe scheinen einstweilen erloschen.

**FLANKENSCHUTZ DER ARMEE** Ausschlaggebend dafür war die Armee, die erst Ben Ali fallen ließ und dadurch den Sieg des Volksaufstands ermöglichte und anschließend der heiklen Erneuerung der Staatsspitze diskreten Flankenschutz bot. Nach der dritten Umbildung, am vorvorigen Donnerstag, kann sich die Übergangs-Regierung, die freie Wahlen vorbereiten soll, auf einen verhältnismäßig breiten Konsens in der Bevölkerung stützen. Unter dem Druck von jungen Demonstranten aus der Provinz, die, gemeinsam mit intellektuellen Politaktivisten tagelang den Regierungssitz belagert hatten, wurden zuletzt alle noch verbliebenen RCD-Minister durch unabhängige Persönlichkeiten ersetzt. Von der alten Garde bleiben durfte nur Premier Mohamed Ghannouchi, ein vergleichsweise unbescholtener Staatsdiener, als Signal für den Fortbestand der öffentlichen Verwaltung.

Der starke Mann der provisorischen Regierung dürfte der Minister für Regionalentwicklung, Nejib Chebbi, sein. Der 67 jährige Chef einer Mittellinks-Partei musste wiederholte Male für seine Ansichten ins Gefängnis. Er dürfte auch ein Brückenbauer gegenüber der islamistischen Bewegung sein. Als Anwalt verteidigte Chebbi seinerzeit den Chef der tunesischen Islamisten-Partei „Ennahda“ (Renaissance), Rached Gannouchi. Dieser Namensvetter des Premiers kehrte vergangenen Sonntag aus dem Londoner Exil nach Tunis zurück, wo er von 10.000 Anhängern begeistert empfangen wurde.

**ISLAMISTEN GEBEN SICH GELÄUTERT** Der einstige Radikal-Islamist Gannouchi präsentiert sich heute als geläutert und moderat: seine Partei würde, nach dem Vorbild der türkischen Regierungspartei, die säkulare Demokratie befürworten und die in Tunesien geltende, weitgehende Gleichstellung der Frauen nicht antasten. Ein Teil der jungen Aktivisten aus den Bildungsschichten, die „Web-Generation“, die Ben Alis Herrschaft erschüttert hatten, sowie viele Frauenrechtlerinnen halten misstrauen aber Gannouchi. Sie befürchten ein Bündnis zwischen den Islamisten und den Resten des alten Regimes, das in eine neue Diktatur münden könnte.

**DANNY LEDER**